

„Politik für die eigene Lobby“

Zum Antrag der Grünen im Winkelsetter Rat, Willi Beneke aufgrund seiner Verurteilung wegen Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz als Bürgermeister abzurufen, schreibt Frank Poppe (Dötlingen):

„Der Antrag der grünen Ratsmitglieder auf Abberufung des Bürgermeisters überrascht mich. Nach dem Bericht vom 13. Dezember war ich davon ausgegangen, dass der als Tierquäler bestrafte Bürgermeister Beneke in seiner Funktion als Bürgermeister zurückgetreten war. Soviel Anstand hätte ich erwartet. In vielen Gemeinderäten auf dem Land bestimmen Mitglieder die Politik, die direkt oder indirekt von der Agrarwirtschaft profitieren. Sie machen zwar nur ein Prozent der deutschen Wirtschaftskraft aus, bestimmen aber in breiten Bereichen die Politik. Nachhaltigkeit zum Wohl von Natur und Umwelt und von Mensch und Tier ist kaum erkennbar. Es geht ausschließlich um die Gewinnmaximierung Einzelner. Diese Art von Netzwerknern der Agrarwirtschaft, die als Bürgermeister, Ratsmitglieder, Abgeordnete und Minister ihren persönlichen Nutzen oder den Nutzen ihrer Gefolgsleute verfolgen, dürfen in der Politik keine Zukunft haben. Dass das zuständige Veterinäramt erst nach einer anonymen Anzeige tätig wurde, ist doch auffällig. Vor jeder Ausstellung wird der Tierbestand vom Amtsveterinär kontrolliert. Wie kann es angehen, dass die Missstände in Benekes Stall nicht schon vorher aufgefallen sind? Das wirft die Frage auf, wie eng einzelne Behördenmitarbeiter des Landkreises Oldenburg mit der Agrarwirtschaft verbunden sind.

Welche Rolle spielen die Behörden, die es zugelassen haben, dass im Kreis Oldenburg, mitten im Naturpark Wildshauser Geest, Tierhaltungsanlagen für zehn Millionen Stück Geflügel, 500 000 Schweine, und 100 000 Rinder sowie fast 100 Biogasanlagen gebaut und betrieben werden konnten? Die es zuließen, dass Bau- und Betriebsgenehmigungen für Tierhaltungsanlagen großzügig erteilt und unsere Brunnen durch Gülle und Gärreste aus Biogasanlagen vergiftet wurden und noch werden.“